

Mitteilungsvorlage

Drucksachen-Nr. 0030/2014
öffentlich

Gremium	Sitzungsdatum	Art der Behandlung
Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann	04.02.2014	zur Kenntnis

Tagesordnungspunkt

Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann am 21.11.2013 - öffentlicher Teil

Inhalt der Mitteilung

Zu TOP 11

Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe: Fortführung ab dem Jahr 2014
(0534/2013)

Der ASSG fasste mehrheitlich den dem Vorschlag der Verwaltung folgenden **Beschluss**:

1. **Für folgende beide Maßnahmen werden ab dem Jahr 2014 jeweils 30.000 Euro p.a., insgesamt also 60.000 Euro p.a., vorbehaltlich der Bereitstellung der notwendigen Haushaltsmittel - zur Verfügung gestellt:**
 - a) **Förderung von Projekten im Rahmen des Sozialraum- und Stadtteilmanagements "Netzwerk Bergisch Gladbach", die der gesellschaftlichen Teilhabe von Kindern, Jugendlichen und Familien dienen.**
 - b) **Subsidiäre Aufstockung der Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaketes für die Bedarfe von Kindern, Jugendlichen und Familien durch einen zentralen Härtefallfonds des Deutschen Kinderschutzbundes.**

2. **Die Verwaltung wird beauftragt, dem ASSG jährlich im ersten Halbjahr eines Jahres eine Vorlage über die konkrete Mittelverwendung und deren Wirkung im Vorjahr vorzulegen.**

Es wird dem Beschluss entsprechend verfahren.

Zu TOP 12

Haushalt 2014 der in die Zuständigkeit des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann fallenden Produktgruppen
(0571/2013)

Der ASSG fasste mehrheitlich folgende **Beschlussempfehlungen:**

Die Förderung der Seniorenbegegnungsstätten wird – vorbehaltlich der Finanzierung - auch bei den Personalkosten der Zweitkraft und den Sachkosten beginnend ab 2014 jährlich um 2 % erhöht.

und

Die Jungenarbeit in Bergisch Gladbach soll entwickelt werden. Hierfür werden in der Gleichstellungsstelle Personal- und Sachkosten in Höhe einer halben Stelle eingerichtet.

Den Gesamthaushalt betreffend fassten die Ausschussmitglieder einstimmig folgenden **Beschluss:**

Der Tagesordnungspunkt wird zur Entscheidung in den Haupt- und Finanzausschuss vertagt.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 10.12.2013 über den **SPD-Antrag, den Umfang der neuen Stelle 5-550 – Fachberatung Familienbildung und Kinder- und Jugendarbeit von +1,0 auf +1,5 zu erhöhen, um zur Entwicklung der Jungenarbeit in Bergisch Gladbach eine halbe Stelle einzurichten,**

wie folgt entschieden: **Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.**

Vor diesem Hintergrund zeigte der Haupt- und Finanzausschuss sich auf Vorschlag von Herrn Urbach einvernehmlich damit einverstanden, die o.g. **Beschlussempfehlung des ASSG nicht zur Abstimmung zu stellen.**

Der Rat hat in seiner Sitzung am 17.12.2013 mehrheitlich wie folgt entschieden:

Die Haushaltssatzung für das Jahr 2014 wird unter Berücksichtigung der vom Haupt- und Finanzausschuss vorgeschlagenen folgenden Änderungen beschlossen.

(...)

Die Förderung der Seniorenbegegnungsstätten wird – vorbehaltlich der Finanzierung – auch bei den Personalkosten der Zweitkraft und den Sachkosten in 2014 einmalig um 2% erhöht.

(...)

Zu TOP 13.1. - SPD-Antrag für eine Satzung zum "Schutz und Erhalt von Wohnraum"
und
TOP 13.2 - Antrag der Fraktion DIE LINKE./ BfBB vom 30.09.2013 (eingegangen am 30.09.2013) zur Wohnbauförderung

Herr Waldschmidt und Herr Santillán waren damit einverstanden, den jeweiligen Antrag ihrer Fraktion bis zum Vorliegen der Ergebnisse aus dem Runden Tisch „Bezahlbarer Wohnraum“ ruhen zu lassen.

Der Rat hat in seiner Sitzung am 17.12.2013 einstimmig folgenden **Beschluss** gefasst:

Die Anträge der SPD-Fraktion für eine Satzung zum Schutz und Erhalt von Wohnraum und der Fraktion DIE LINKE./BfBB zum Thema Wohnbauförderung, Tagesordnungspunkte Ö 32.1 und Ö 32.2 der heutigen Sitzung, werden vor einer weiteren Beratung in den Ausschüssen und abschließenden Entscheidung im Rat dem „Runden Tisch“ zur Beratung vorgelegt.

Zu allen übrigen Tagesordnungspunkten erübrigt sich ein Bericht.

Anfragen der Ausschussmitglieder wurden in der Sitzung mündlich oder an Anlage zur Niederschrift / zum Durchführungsbericht schriftlich beantwortet.

